

Die „Weltanschauung“
erschien täglich Samstag außer
Sonntag und 14 durch die
Abteilung, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Mode 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 7789.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühren
betragen für die einblättrige
Zeitung oder deren Raum
20 Pfennige, für Verlags- und
Reklamationszwecke
10 Pfennige.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 68.

Dienstag, den 21. März 1899

10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Beschränkung der Freizügigkeit.

Die preussischen Junker, die bekanntlich vor der letzten Reichstagswahl auf das entschiedenste bestritten, daß sie die Freizügigkeit beschränken wollen, rücken jetzt nach der Wahl offen mit ihren Absichten hervor. Im Herrenhause, jener Institution, von der selbst seine Mitglieder nicht wissen, wozu sie eigentlich auf der Welt ist, soll der Anfang mit der Beschränkung dieses Volksrechtes gemacht werden, und das Abgeordnetenhaus, das ja von dem lebhaften Wunsche befeuert ist, sich von der „ersten Kammer“ an reaktionären Gelüsten nicht übertrumpfen zu lassen, wird über kurz oder lang nachfolgen.

Wie erinnerlich haben die Junker von Belom-Saleske, v. Levetzow und Schlutow vor einigen Wochen im Herrenhause einen Antrag betreffend das Verbot des Aufenthalts in „Schankstätten“ für die schulentlassene männliche Jugend bis zum 18. Lebensjahre eingebracht. Namens der Kommission, der dieser Antrag zur Vorberatung überwiesen wurde, schlägt nun der Berichterstatter Graf v. Pfeil-Hausdorf dem Hause vor, das Verbot des Aufenthalts in Schankstätten auch auf die schulentlassene weibliche Jugend bis zum 18. Lebensjahre auszudehnen. Damit den jungen Leuten aber ein würdiger Ersatz für den Genuß geboten wird, der ihnen durch das Aufenthaltungsverbot in Schankstätten entgeht, sollen die Kommunen bei gleichzeitiger Gewährung eines Zuschusses aus Staatsmitteln dazu angehalten werden, Kneipenkollegien zu errichten, welche im Verein mit den Ortsgemeinschaften beider christlichen Konfessionen Einrichtungen treffen, um den jungen Leuten es zu ermöglichen, an Sonn- und Festtagen in angemessener Weise eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung zu erlangen. Des Weiteren sollen die Bestimmungen der Gewerbeordnung, wonach 1. der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Befehle über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird, und 2. die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mittheilung von den an minderjährige Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben, auch auf die Befehlsordnung ausgedehnt werden.

Endlich aber verlangen die Junker den Erlaß schleuniger Bestimmungen, wonach:

1. Junge Leute unter 18 Jahren nicht ohne ausdrückliche Genehmigung derjenigen, unter deren väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt sie stehen, aus ihrem Heimathsort allein fortziehen dürfen;

2. die Gemeinde zur Abweisung eines Neuzuziehenden dann befugt ist, wenn derselbe nicht den Nachweis einer den sittlichen und hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnung erbringt. Hierbei ist das Schlafstellen-Unwesen zu beschränken.

In diesen letzten beiden Bestimmungen liegt ein schwerer Angriff auf die Freizügigkeit nicht nur der Minderjährigen, sondern auch der Erwachsenen. Die Triebfeder dieses Angriffs auf eines der höchsten Rechte des Volkes ist die agrarische Begehrlichkeit, die die Arbeiter an die Scholle fesseln will. Aus diesem Grunde hat auch die zur Berathung des Antrages Camp über die Leutenoth eingesetzte Kommission

des Abgeordnetenhauses einen gleichlautenden Beschluß gefaßt, der dann später im Plenum zur Berathung kommen wird.

Das Herrenhaus wird sich bereits heute, Dienstag, mit der Angelegenheit befassen. Das wird eine kulturhistorisch bedeutsame Unterhaltung der hoch- und wohlhabenden Sklavenshalter werden, die — wider alle Sittlichkeit — Menschen lediglich als Werkzeuge betrachten. Des junkerliche Gebahren steht weit tiefer als die schlimmsten Rohheiten, die die Jugend etwa in den Schankstätten lernen könnte. Es ist die Unsitlichkeit an sich — diese Schändung der Menschen zu bloßen Sachen. Es ist der Geist, der vor der französischen Revolution verwirklicht geblieben ist, und der jenes gewaltige Gericht der Weltgeschichte heraufbeschworen hat.

Kanalbau und Schutzölle.

Die Vorlage der preussischen Regierung über den Bau des deutschen Mittellandkanals enthält in ihrer Begründung unter Anderem folgende bezeichnende Ausführungen:

„Die volkswirtschaftliche Entwicklung auf dem durch den Wettbewerb der Völker beeinflussten Weltmarkt und in Deutschland selbst drängt immer mehr auf die Ermäßigung der Herstellungskosten und der Preise. Der einzige Bestandtheil der Herstellungskosten, welcher einer wesentlichen Ermäßigung noch fähig ist, sind die Transportausgaben. Gerade Preußen und Deutschland bedarf einer Ermäßigung der Transportkosten zur Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Zukunft ganz besonders, weil die beiden wichtigsten Rohstoffe, nämlich Kohlen und Erze, nicht wie in Belgien und England nahe beieinander sich vorfinden, sondern durch weite Entfernungen getrennt sind. Die Ueberwindung dieser Entfernungen darf das für jeden Zweig des deutschen Erwerbslebens unentbehrliche und für die Ausfuhr so außerordentlich wichtige Eisen nicht zu sehr vertheuern, wenn nicht unsere wirtschaftlichen Interessen ernststen Schaden leiden sollen.“

Also das Eisen soll verbilligt werden und zu diesem Zweck der Kanalbau. Dann aber: welchen Sinn hat es, die Eisenbahnen aufrecht zu erhalten, welche nur dazu dienen, das Eisen zu vertheuern und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu vermindern? Wenn man schon helfen will, so bleibe man doch nicht auf halbem Wege und zugleich mit dem Kanalbau beseitige man die Schutzölle! Aber freilich, das sagt den Herren Stumm und Krupp ebensowenig wie den Agrariern die ausländische Getreidezufuhr. Theueres Brot und theueres Fleisch, welche die Leistungsfähigkeit des Arbeiters heruntersetzen, sind ebenso Hindernisse der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wie theueres Eisen und theuere Kohle. Das ganze System der deutschen Schutzölle hindert die deutsche Produktionsentwicklung. Doch wenn man die Zölle abschaffen sollte, wo soll man da das Geld hernehmen — für's Militär!

Aus unseren Kolonien.

Ueber den angeblichen Negeraufstand in Ducea (Kamerun) erzählt der „Hannoversche Kurier“ von einem jüngst aus Kamerun zurückgekehrten Deutschen Näheres. Danach sei eine Negerin durch die Soldaten mißhandelt worden; der Stationschef habe die Soldaten deshalb bestraft.

Eines Abends fand der Stationschef Leuschner dann zwei vollkommen bewaffnete Soldaten unter dem Bette seiner Gattin und unter dem seinigen vor. Ohne Alarm zu machen, wurden diese entwaffnet und so eingesperrt, daß die übrigen nichts bemerkten.

Am anderen Morgen befahl der Stationschef sämtliche Soldaten in einen Schuppen, unter dem Vorwande, einen Löhnungsappell abhalten zu wollen, während sich sämtliche auf der Station anwesenden Weissen — selbst die Missionare — mit ihren Gewehren an der Thür postirten. „Setzt die Gewehre zusammen!“ kommandirte Leuschner. „Rein Mensch rührte sich.“ „Setzt die Gewehre zusammen!“ kommandirte Leuschner noch einmal. „Rein Mensch rührte sich.“ „Das also ist der Dank dafür, daß ich Euch stets so gut behandelt habe! Ihr schwarzen Galanten!“ — aber schon brach ein riesiger schwarzer Gefreiter aus der Front heraus und ging auf Leuschner los: „You are the first!“ (Du bist der erste!) schrie er, seine Faust drohend vorstreckend. „O no, sir! I am not the first — but you!“ (O nein, Herr! Ich bin nicht der erste, aber Du!) sagte Leuschner, zog seinen Revolver und im nächsten Augenblick lag der Schwarze mit durchschossenem Kopf am Boden. Nun stürmten die Schwarzen den Ausgang zu. Aber dort wurden sie böse empfangen: sämtliche Gewehre richteten sich dort auf den davonstürmenden Haufen, vier blieben auf dem Plage, während die Uebrigen theils verwundet, theils gesund in den Wald entflohen. Aber schon nach einigen Tagen kamen die Unglücklichen wieder hervor und stellten sich: ihre Feinde, die Eingeborenen, hatten ihnen nicht eine Handvoll Reis abgegeben, und sie wären elendiglich verhungert.

Das amtliche Kolonialblatt berichtet über diese Vorgänge in seiner letzten Ausgabe kein Wort.

Wenn der Bericht des „Hann. Kuriers“ den Thatsachen entspricht — und die junge deutsche Kolonialgeschichte ist nicht arm an Präcedenzfällen — so offenbart sich hier wieder einmal die sittigende Macht des praktischen Christenthums, womit die deutsche Kolonialpolitik zu prunken nicht müde wird.

Was sagt Herr v. d. Neefe?

Das Schwindelattentat von Alexandrien wird nun selbst in dem offiziellen bedienten Hamburgerischen Korrespondenten preisgegeben. Man könne sich über die Thatsache freuen, daß das Ganze eine nichtsnutzige Erfindung italienischer Polizeikente ist. Auf der anderen Seite aber sei „es eine sehr unangenehme Empfindung, so gründlich hereingefallen zu sein. Jedenfalls dürfte sich die Zahl der Leute wesentlich vermehrt haben, die in Zukunft allen Meldungen dieser Art den Glauben prinzipiell verweigern und eine Polizeimagie dahinter sucht. Wir gehören fortan auch dazu.“ Und Herr v. d. Neefe, der preussische Polizeiminister?

Militärisches.

Militärposten sollen in Reich laut Bekanntmachung des Gouverneurs in letzter Zeit mehrfach von Zivilpersonen thätlich angegriffen worden sein. Die Posten sind jetzt mit scharfen Patronen ausgerüstet und angewiesen, „unachtslos zu stehen, wenn sie angegriffen oder mit einem thätlichen Angriff bedroht werden“. In Zivilkleidung hat diese Bekanntmachung um so mehr überrascht, als man von Ueberfällen von Militärposten erst durch die Mittheilung des Gouverneurs Kenntniß erhält. Ein bayerischer Infanterist, der kürzlich auf Posten erschossen aufgefunden wurde und von dem man zuerst annahm, er sei ermordet worden, hat, wie die Untersuchung ergab, Selbstmord begangen.

Der Reichshandhalsbetriebs für 1899 schließt nach dem Ergebnis der zweiten Berathung gegen den Etatsentwurf ab mit einem Minderbedarf von 2,821,851 Mk. Bei den Ausgaben sind 2,290,294 Mk. gestrichen und 5000 Mk. zu-

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreßer.

(Nachdruck verboten.)

Johannes Timpe befand sich vor dem Wahllokale, in dem auch er seit vielen Jahren sein Recht als Wähler auszuüben pflegte. Er blieb stehen und blickte in den Thorweg hinein, wie Jemand, der noch überlegt, ob er weitergehen oder das Haus betreten soll. Eine schwere Faust legte sich auf seine Schulter. Thomas Beyer stand vor ihm.

„Meister, es ist die höchste Zeit . . . gehen Sie hinein. Sie haben noch keinen Zettel? . . . Hier . . . Sie stehen gewiß in der Liste.“

Er hatte leise gesprochen und reichte ihm nun einen zusammengefalteten Zettel hin.

„Was steht d'rauf?“

Der Altgeselle lächelte und betrachtete ihn von oben bis unten mit einem Blick, den nur Timpe verstand.

„Bögern Sie auch jetzt noch?“

Der Meister schwankte einen Augenblick; dann sagte er mit fester Stimme: „Nein!“ beschritt den Thorweg und stieg rechts die Stufen zum Lokal empor.

Nach wenigen Minuten kehrte er zurück.

Er wollte sich entfernen, aber Thomas Beyer hielt ihn fest. Ob er schon wisse, daß dort drüben um die Ecke in Schellers Salon um sieben Uhr eine Versammlung abgehalten werde? Streikende Arbeiter der Urban'schen Fabrik trafen sich dort.

„Meister, Sie gehören jetzt zu uns, Sie müssen mitkommen.“

Seit der Minnte, wo Timpe mit gesenktem Blick die Hand nach der Wahlurne ausgestreckt hatte, um in ihre Tiefe seinen einzigen Besen Papier zu versenken, auf dem seine neue

Ueberzeugung geschrieben stand, war völlige Willenslosigkeit über ihn gekommen. Es war der Zweifel an der Gerechtigkeit seiner Handlung, der sofort mit der That in ihm aufgestiegen war. Wie eigenthümlich hatten ihn die Herren am Tische betrachtet, wie starr waren ihre Augen auf seine Hand gerichtet, als wollten sie bereits aus der Farbe des Papiers seine Gesinnung erkennen. Ja, es war ihm sogar, als hätten ein korpulenter Sardellenhändler und ein dünner Kanzleirath, die als Beisitzer fungirten und ihn genau kannten, sich erstaunte Blicke zugeworfen, aus denen zweifelsohne die Worte zu lesen waren: Haben Sie gesehen? Timpe wählt einen Sozialdemokraten.

„Gut, gehen wir!“ erwiderte er dem Altgesellen.

Mühte er sich jetzt nicht näher um die Ziele bekümmern, denen er gleich den Anderen zustrebte? War es nicht seine Pflicht, seit dieser Stunde eins zu sei: mit den Arbeitern, sich unter sie zu mischen, die große soziale Frage in den Versammlungen erörtert zu hören? Zudem waren die Drechsler seine Fachkollegen und die Knopfmacher verwandte Berufsgenossen. Die Versammlung mußte ihm also ein erhöhtes Interesse bieten.

Es war merkwürdig, wie er sich nun von Beyer leiten ließ. Mit einer gewissen Ehrfurcht blickte er zu ihm empor, lauschte er auf jedes Wort, das über die Wahl von seinen Lippen kam. Er bewunderte ihn, wenn die vorüberstürmenden Arbeiter, die um diese Stunde in hellen Haufen herangezogen kamen, ihn lebhaft begrüßten, und ihm jene Achtung entgegenbrachten, die man einem Menschen zu zollen pflegt, dessen geistige Ueberlegenheit man anerkennen muß.

Beyer hatte sich vorgenommen, den Meister heute nicht mehr zu verlassen. Er beauftragte einige Vertrauensmänner, nach Schluß der Wahl dem Zähllokale beizuwohnen und ergriff dann Timpes Arm, um das Wiedersehen bei einem Glase Bier zu feiern. Er schien nur noch Mitleid für den früheren Arbeitgeber zu haben, nachdem er die Bewunderung erlebt hatte, ihn

befehlt zu sehen. Das sprach aus jedem Wort, aus jedem Blick, aus der Zartheit, mit der er ihn behandelte, und wie er in ihm immer nur den altherwürdigen Mann sah, in dessen Hause er unzählige Wohlthaten genossen hatte.

Timpe war schweigsam; still in sich gelehrt lauschte er den Reden Beyers und nickte statt der Antwort mit dem Kopfe. Ein niederdrückendes Gefühl lastete auf ihm: die Unbeholfenheit eines Menschen, der in eine neue Gesellschaft gerathen, in der er fremd ist und sich nicht zu benehmen weiß. Diese unangenehme Situation wurde noch erhöht, als er mit dem Altgesellen die Stufen zu einem Kellerlokal hinunterstiegt und dann in einem engen Raum inmitten von Arbeitern sich befand, die in ihren schmutzigen Blousen direkt aus der Fabrik gekommen waren, eifrig politisirten und ihn wie ihres gleichen behandelten.

Wortkarg saß er in einer Ecke, nippte an seinem Biere und dachte in dieser Spielrunde an seinen Sohn, dessen Reichthum, dessen Glanz . . . Dieser Gedanke machte ihn heiß. Ein Gefühl ungerechter Demüthigung überlief ihn und trieb das Blut nach seinem Kopfe. Er bestellte Schnaps und nun wurde er gesprächig, beihelligte er sich an der lauten Debatte, that er so, als wäre er mit Allen einverstanden, was man sagte und worauf man schimpfte . . .

XVIII.

Der Meister predigt Ausrüstung.

In Schellers Salon war die Versammlung noch nicht eröffnet. Der Saal war völlig besetzt, denn zu der Zeit der Streikenden hatten sich hunderte von Berufsgenossen gesammelt. Obendrein war heute Wahltag. Max hatte früher Feterabend gemacht und befand sich bereits seit Stunden in aufgeregter Stimmung. Auf der kleinen Bühne im Hintergrund hatte der Vorstand sich niedergelassen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kongress nimmt diese Antwort mit schallender Heiterkeit auf und begrüßt die Mitteilung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Mitglieder Frohne, Hoch und Stadthagen, einer Einladung folgend, zum Kongress entsandt habe, mit lebhaftem Beifall.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung „Der Bauwesen und das Submissionswesen“ referiert Minister A. Brinckmann. Redner empfiehlt zum Beschluß die Annahme folgender Resolution:

1. In dem schon angekündigten Gesetze, betr. die Sicherung der Bauarbeiten, zu bestimmen, daß im Gegensatz von heute — wo die Bauwerke für die Grundstücke bzw. für die Grund- und Hypothekengläubiger für die Bedienung und alle daraus erwachsenden Verpflichtungen haftbar sind, und daß auf jedem Bau, an einer leicht sichtbaren Stelle ein Anschlag anzubringen ist, welcher den Stand, den Familiennamen und mindestens einen ausgeschriebenen Vornamen des Bauherrn und des Bauleiters in deutlich lesbarer und unverwischbarer Schrift angiebt.

2. Daß durch entsprechende Gesetzesbestimmungen angeordnet wird, alle Bauprojekte staatlich zu prüfen und ihre Ausführung ständig zu kontrollieren durch technisch gebildete Staatsbeamte. Die Prüfung und Kontrolle der Ausführung der Bauprojekte hat davon auszugehen, daß bei allen Bauwerken die Regeln der Baukunst zur Anwendung kommen sollen.

Der Bauarbeiterkongress protestiert gegen den Versuch, die baugewerblichen Verhältnisse mit der Einführung des obligatorischen Beschäftigungsnachweises für die Bauausführenden bekämpfen zu wollen, in der Ueberzeugung, daß ein solches Mittel vollkommen zwecklos ist und von den Befürwortern desselben auch nicht ernst genommen wird. Die Forderung, den Beschäftigungsnachweis obligatorisch zu machen, wird nur von einem kleinen Kreise der Baugewerbetreibenden erhoben, und zwar lediglich zu dem Zwecke, sich selbst eine konkurrenzfreie angenehme Existenz zu sichern.

In Bezug auf das Submissionswesen fordert der Bauarbeiterkongress von den maßgebenden Körperschaften des Reichs, der Bundesstaaten und Kommunen, ihre Verwaltungen zu organisieren:

1. Bei allen Reichs-, Staats- und Kommunalbauten die Bauarbeiten durch Ausschreibung öffentlich zu beschreiben, so daß dieselbe in absehbarer Zeit ganz ausgeführt werden und die Bauausführung in Regale an ihre Stelle treten kann, wobei die Bauarbeiterorganisationen zu berücksichtigen wären und in jedem Einzelfalle die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen als Minimum zur Geltung zu kommen hätten.

2. Soweit sich das Submissionsverfahren zur Zeit noch nicht umgewandelt hat, soll den Submissionsbedingungen allerwärts auch die Klausel angehängt werden und zur Geltung kommen, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich als bindend zu erachten, und daß sie die ortsüblichen Arbeiter vorzugsweise zu beschäftigen haben.

3. Laichen Meinungsverschiedenheiten auf über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, so hat die der betreffenden Bauvergebende Behörde ein Gutachten der in Betracht kommenden Arbeitervertreter bzw. Arbeiterorganisationen einzuholen. In Bezug auf die Ausbildung der Bauhandwerker bzw. Arbeiter protestiert der Kongress ganz entschieden gegen alle Maßnahmen, die bewirken, den jungen Mann als Lehrling auf eine längere Zeit, als für die gewerblichen Arbeiter im Allgemeinen vorgeschrieben ist, an einen sogenannten Lehrmeister bzw. Lehrherren zu binden. Solche Maßnahmen haben in der Praxis nur die Bedeutung, daß die Unternehmer auf lange Zeit billige und rechtlose Arbeitskräfte zur Verfügung haben; ist diese „Lehre“ beendet, dann fallen die jungen Leute ihren Berufsgegenständen zu Fuß.

Der Bauarbeiterkongress fordert dahingegen: Daß die Kommunal-Verwaltungen die Fachschulen der Bauarbeiterorganisationen unterstützen durch unentgeltliche Ueberlassung von Lehrmitteln und Lehrmitteln bzw. durch Gewährung von Subventionen.

In Anbetracht, daß nicht nur die besonderen Interessen der Bauarbeiter es erheischen, sondern die gesunde Entwicklung des Baugewerbes davon abhängt, daß die Bauarbeiter sich in selbstständigen Berufsverbänden organisieren, fordert der Kongress von der Gesetzgebung des Deutschen Reichs:

Daß sie alle Schranken beseitigt, welche die Gesetzgebung und Selbstbehaltung (insbesondere die Rechtsprechung) gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ausgerichtet haben. Von den Verwaltungen der politischen Institutionen sind die Organisationen in jeder Beziehung so zu fördern, daß sie neben der Vertretung der Arbeiterinteressen ihres Berufes auch jene Aufgaben erfüllen können, welche im Interesse des Baugewerbes und im Interesse der Kultur von diesen Organisationen erfüllt werden müssen.

In der Diskussion treten grundsätzliche Einwände gegen die Resolution nicht hervor.

Knoll-Berlin beantragt den dritten Absatz, Ziffer 1 der Resolution scharfer und zwar folgendermaßen zu formulieren: „Bei allen Reichs-, Staats- und Kommunalbauten die Hergabe der Ausführung in Submission öffentlich zu beschreiben, so daß dieselbe in absehbarer Zeit ganz ausgeführt werden kann und die Regearbeit an ihre Stelle tritt, wobei die Bauarbeiterorganisationen zu berücksichtigen sind.“

Nach weiterer Debatte wird nach einem Schlußwort des Referenten die Resolution mit dem Amendement Knoll gegen eine Stimme angenommen.

Die Mittagspause tritt ein.

Der Hotelbrand in New-York.

Aus New-York wird noch gemeldet: Soweit bis Sonnabend Abend bekannt geworden ist, sind bei dem Brande des Windsor-Hotels zwölf Frauen und zwei Männer ums Leben gekommen. 14 Personen, meist Frauen, wurden verletzt. Die Angaben über die Zahl der Verwunden schwanken zwischen fünfzig und hundert.

Weiter wird über den Hotelbrand gemeldet: Zu den Getöteten gehört auch die Schwester des Präsidenten Mac-Kinley, Mrs. Helen. Der Besitzer des Hotels gelangt in wahnhaftem Zustand. Seine Frau und die Tochter sprangen aus dem Fenster und blieben auf dem Pflaster zerschmettert liegen. Ein Zuschauer sah binnen wenigen Minuten fünfzehn Personen aus den Fenstern springen. Die Ursache des Feuers ist vorläufig noch nicht aufgeklärt. Ein Redner behauptet, ein Gast habe ein brennendes Streichholz, womit er sich seine Zigarette angezündet, achtlos unter eine Spitzengardinne geworfen. Das Hotel hatte eine große Zentrallhalle mit doppeltem Treppenschacht beiderseits, wodurch das Feuer, wie durch einen Schornstein, hinaufstrahlte. Fünf Minuten nach Ausbruch des Feuers brante schon der Querschnitt aus allen Fenstern. Viele Hotelgäste verloren den Kopf und sprangen, ohne auf die Feuerwehre zu warten, aus den Fenstern. Vorläufig sind noch keine Listen ausgegeben; unter den Verletzten finden sich keine deutsche Namen.

Am Sonnabend und Sonntag waren Polizei und Feuerwehre mit dem Aufsuchen der Brandstümmen beschäftigt. In dem großen Scheithaufen glimmt das Feuer noch fort und bricht hier und da wieder hervor. Auch bei diesem Brande hat sich die Gefährlichkeit der Eigenkonstruktionen gezeigt. Die vom Feuer getränkten Eisenstäbe haben ganze Mauern, die sonst wohl Stand gehalten hätten, um Umfassung gebracht und die Katastrophe vergrößert.

Bei dem Aufräumungsarbeiten sind bereits für hunderttausend Dollars Juwelen gefunden und über eine Million Dollars Juwelen liegen im Schutt begraben. Jeder Arbeiter wird vor dem Verlassen der Brandstätte durchsucht.

Nach einem Wolffschen Telegramm wehren sich die Angehörigen des Windsor-Hotels vor Dieben in Brand gesteckt werden war.

Aus aller Welt.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird aus Schwabitz berichtet: Am 20. d. Mts. gemeldet: Gestern Abend ist die

der Bursche eines hiesigen Oberleutnants mit einem Gefährt von Öppingen zurück und ließ unterwegs zwei Männer aufsteigen. Beim letzten Bahnwärtershaus vor Gmünd schaute das Pferd und durchbrach die geschlossene Barriere, gerade als der Zug von Gmünd vorüberfuhr. Ein Jassse des Gefährts wurde sofort getödtet, der zweite am Kopf und der Bursche am Rücken schwer verletzt. Das Pferd wurde von der Lokomotive völlig zermalmt, das Gefährt in Stücke zertrümmert.

Eine Explosion erfolgte am Sonnabend in der pyrotechnischen Schule zu Bourges, und zwar im Laborum für Granaten. Von acht in dem Räume anwesenden Arbeitern wurden drei getödtet, drei schwer und zwei leicht verletzt. Wie die „Agence Havas“ hinzufügt, ist die Explosion auf einen unglücklichen Zufall und nicht auf Böswilligkeit zurückzuführen. Der Zustand zweier der verwundeten Arbeiter ist hoffnungslos. Der Vorsicht halber sind die Wachen bei den militärischen Establishments verdoppelt worden.

Hefige Stürme verurachten am Sonnabend großen Schaden in mehreren Städten von Arkansas, Alabama und Georgia. 18 Personen sollen dabei das Leben eingebüßt haben, 10 von denselben in Alabama.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 21. März.

Für die Dresdener „Buchhändler“

gingen bei uns ein: Von den organisierten Holzarbeitern 20 Mk., Steinmetzplatz Reibler u. Wimmel in Alt-Barthau (nachträglich eingegangen) 4,10 Mk., durch Ernst Huber (88) 7,45 Mk., von den organisierten Dachdeckern der Turmspitze durch Rentwisch 1,50 Mk., Schlosser in Ohlau 25 Pf., mit den bereits quittierten 2055,75 Mk. zusammen 2088,95 Mk.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Gestern nahmen Schul- und Lehrfragen das Hauptinteresse der Verhandlungen in Anspruch. Vor Eintritt in die Statiberrathung wurden zunächst einige andere kleine Vorlagen erledigt. Gegen den Antrag, den demnachst hier zu einer Generalversammlung versammelten deutschen Brau- und Malzmeistern 1000 Mark aus dem Steuerfädel zu bewilligen, erklärte sich Stadtverordneter Bruhns entschieden. Wenn man diese Forderung bewillige, werde er demnachst mit dem Antrag kommen, auch den hier tagenden Arbeitergewerkschaften städtische Zuschüsse zu bewilligen. Der Herr Oberbürgermeister meinte, wenn es sich nicht um politische Organisationen handle, würde er auch für solche Anträge eintreten. Nun, wir werden ja sehen! Die 1000 Mark wurden natürlich bewilligt.

Lebhaft kämpfte man um die vom Stadtv. Dr. Wagner angeregte Erhöhung des Gehalts und der Miethentschädigung der Breslauer Volksschullehrer. Trotzdem die Stadtv. Jünger und Hein II den Antragsteller entschieden unterstützten, fand der Vorschlag keine Mehrheit. Der Herr Oberbürgermeister will davon nichts wissen und da hilft's denn nicht — die Lehrer müssen warten. Vielleicht später einmal, wenn die Magistratsgnadenjonne den Volksschullehrern wieder freundschaftlich lächelt. Die beiden Sozialdemokraten stimmten natürlich für die Gehaltsverbesserung — es blieb aber bei einer bescheidenen Minderheit.

Beim Etat des Volksschulwesens begründete Stadtverordneter Bruhns den Antrag, der Magistrat möge die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in Ermägung nehmen und eventuell in den nächstjährigen Etat die zur Durchführung dieser Maßnahme nötige Summe einstellen. Der Antragsteller begründete seinen Antrag eingehend und streng sachlich mit überzeugenden Argumenten, fand aber — natürlich! — Gegenliebe weder beim Magistrat noch bei den Stadtverordneten. Der Herr Oberbürgermeister meinte, es gäbe zunächst noch weit wichtigere Aufgaben auf dem Gebiete des Schulwesens zu erfüllen. Auch gehe diese Frage eigentlich über den Rahmen kommunaler Aufgaben hinaus. Uad der Herr Stadtschulrath Dr. Pfundtner sprach mit Euphase von dem wichtigsten pädagogischen Moment, das darin liege, daß die Kinder lernten, in ihren Vermitteln ihr Privateigenthum zu verwalten. Stadtv. Heilberg ist aus anderen „ethischen“ Gesichtspunkten gegen die Annahme des Antrags, nur Stadtv. Hein II. wünschte die Annahme, um Gelegenheit zu schaffen, die Materie eingehender zu prüfen. So fanden sich bei der Abstimmung dann nur 5 Stimmen für den Antrag, außer den beiden Sozialdemokraten noch die der Herren Hein II, Jünger und Reitermann. Zum letzten Male ist diese Frage im Breslauer Stadtparlament nicht behandelt worden. Sehr angemessen erschien uns bei dieser Gelegenheit übrigens der Hinweis unseres Genossen Bruhns auf die schönen Versprechungen, die man gelegentlich der Beschlußfassung über die Schlachtsteuer den Arbeitern gemacht hat und die man bei der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, wo es sich um Befreiung der dem Arbeiterstande angehörenden Eltern von einer schweren Lastung handelt, vortrefflich hätte in die That umsetzen können.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde um 4 1/2 Uhr nachmittags vom Vorsitzenden, Justizrath Freund, eröffnet. Nach Verlesung einiger Mittheilungen kamen u. A. folgende Vorlagen zur Verhandlung:

Dem Lokalkomitee des deutschen Braumeister- und Malzweiserbundes sollen aus Anlaß der hier stattfindenden fünften Generalversammlung des Bundes 500 Mk. zur würdigeren Ausgestaltung des Fests bewilligt werden. Referent, Stadtverordneter Wende, theilt mit, daß nachträglich 1000 Mk. gefordert worden sind, deren Bewilligung er beantragt. Stadtverordneter Bruhns bittet dem nicht zuzustimmen; die Gelder der Steuerzahler seien nicht dazu da, um für solche private Zwecke ausgegeben zu werden.

Der Referent beantragt nochmals, im Interesse der Hebung des Fremdenverkehrs die Summe zu bewilligen. Stadtverordneter Bruhns erklärt, daß, wenn man diese Summe gewährt, er (Referent) es sich nicht wird nehmen lassen, ähnliche Anträge zu stellen, wenn Gewerkschaften in Breslau ihre Generalversammlungen abhalten. Oberbürgermeister Bender bemerkt hierzu, daß er nichts dagegen habe, wenn der Referent gegen die Bewilligung stimmt, aber er möchte ihn doch bitten, nicht immer das Hergebrachte zu beschwören. Es würde dagegen nichts zu sagen sein, wenn Herr Bruhns mit Anträgen zu Gunsten nichtpolitischer, objektiv thätiger Vereine kommen würde.

Stadtverordneter Klinkert ist ebenfalls für die Bewilligung der geforderten Summe, die darauf beschloffen wird.

Auf dem Volksschulrat wurde an den Wahltheilnehmern soll ein Rektor- und Schuldiener-Wohnhaus errichtet und die veranschlagten Kosten der Bauausführung im Betrage von 44.500 Mk. bewilligt werden. Die Vorlage wird nach dem Antrage des Referenten, Stadtverordneten Ehrlich, dem Ausschuss V überwiesen.

Wegen Nichterfüllung der ihm nach den Gemeindeverfassungsgesetzen obliegenden Verpflichtungen soll der Rentier Valentin Matthias auf 8 Jahre der Ausübung des Bürgerrechts verlustig erklärt und um ein Viertel härter zu den Gemeindefiscen herangezogen werden. Referent, Stadtv. Hein II, beantragt, die Vorlage dem Wahl- und Verfassungsausschuss zu überweisen. Stadtv. Ojplka meint, daß es eine besondere Härte wäre, wenn man Herrn Matthias auf 8 Jahre das Bürgerrecht entziehen würde. Die Versammlung beschließt nach dem Antrage des Referenten.

Stat der Lehrerbefolgungen. Der Referent, Stadtv. Zebulla, empfiehlt Namens des Staatsausschusses, den Etat vorläufig festzusetzen. Stadtv. Dr. Wagner scheidet unter Bezugnahme auf eine Petition der Rektoren und Lehrer der Volksschulen aus, daß die Miethentschädigung, welche diesen gewährt wird, zu niedrig bemessen sei. Redner beantragt, die Petition, in welcher um eine Erhöhung der Miethentschädigung ersucht wird, dem Magistrat zur Verächstigung zu überweisen. Oberbürgermeister Bender erklärt, daß der Magistrat die Petition der Rektoren und Lehrer abgelehnt hat und begründet ausführlich den Standpunkt desselben. Gegenüber der Ansicht des Stadtv. Wagner, daß für die Erhöhung der Miethentschädigung 46.000 Mk. notwendig seien, bemerkt Redner, daß diese Summe für den gedachten Zweck nicht ausreichen würde. Im Uebrigen vertritt Redner die Ansicht, daß der Magistrat eventl. Vorlagen einzubringen hat. Stadtv. Jünger widerspricht der Ansicht, daß die Gehälter der Lehrer durch das Lehrerbefolgungsgesetz aufgebessert würden. Er (Redner) würde beantragen, den Lehrern nach 5 bzw. 11 Jahren eine Gehalts-erhöhung zuzubilligen. Stadtv. Hein II bittet, dem Antrag Wagner zuzustimmen. Die Verhältnisse hätten sich zu Ungunsten der Lehrer verändert, weshalb sich auch eine Erhöhung der Miethentschädigung rechtfertige. Oberbürgermeister Bender geht auf die Sache nochmals ein, um den Magistrat vor Mißverständnissen zu sichern. Die Regierung und der Magistrat hätten festgestellt, daß die gegenwärtige Miethentschädigung von 400 Mk. nicht zu gering sei. Wenn die Versammlung aber trotzdem eine Erhöhung beschließen wolle, dann möge sie gleich eine wichtige Erhöhung ins Auge fassen. Stadtv. Dr. Wagner tritt wiederholt für seinen Antrag ein. Stadtv. Simon meint, daß es nicht zur Kompetenz der Stadtv.-Berf. gehöre, Beschlässe im Sinne des Antrages Wagner zu fassen. Es könnte dann auch andere Kategorien Realitäten von der Versammlung verlangen. Er (Redner) stimme gegen den Antrag Wagner. Stadtv. Hein II ist nicht der Meinung, daß die Sache nochmals einem Ausschuss zu überweisen sei. Durch Annahme des Antrages Wagner würde nicht nur augen gefügt: Wir sind die gute Stadtv.-Berf. und Sie braucht Euch bloß an uns zu wenden. Redner bittet deshalb den Antrag Wagner anzunehmen. Oberbürgermeister Bender stimmt dem Stadtv. Simon darin zu, daß es nicht zur Kompetenz der Versammlung gehöre, in Sachen der Gehälter städtischer Beamter die Initiative zu ergreifen. Stadtv. Dr. Wagner ändert seinen Antrag dahin ab, daß die Petition dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden möge. Der Lehrerbefolgungsetat wird vorläufig festgesetzt, der Antrag Wagner abgelehnt.

Etat des Volksschulwesens. Der Etat-Ausschuss empfiehlt unter der Ausgabe „Zum Neubau von Schulhäusern und Turnhallen“ 100.000 Mark zuzusetzen und mit dieser Kenderung den Etat vorläufig zu genehmigen. Die Referenten Dr. Wagner und Hein II empfehlen, dem Ausschussvotum zuzustimmen. Stadtv. Bruhns möchte den Antrag stellen betr. Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Bis zu einem gewissen Grade werden die Lehrmittel schon jetzt gewährt, nämlich an etwa 20 Prozent der Schüler. Aber zur Zeit wird nach der Bedürftigkeit der Schüler gefragt, und es kommen bei der Entscheidung nicht selten Mißgriffe vor. Die Befürworter habe die Verpflichtung, die Bildung nach Möglichkeit zu fördern. Auch die Lehrer treten für Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ein, so der Berliner Lehrerverein. Im Auslande hat man mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gute Erfahrungen gemacht. Alle Gründe gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sind seiner Zeit auch vorgebracht worden gegen die Unentgeltlichkeit der Schule überhaupt. Alles das, was man als böse Folge davon voraussagt, ist nicht eingetroffen. Auch die pädagogischen Einwände sind nicht stichhaltig. Es gilt auch den Mißstand zu beseitigen, der darin liegt, daß, in so weit jetzt Lehrmittel unentgeltlich geliefert werden, dies deprimirt auf die Kinder wirkt und die Klassengegenstände schon in der Schule verschärft. Die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel wäre auch ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn man bedenkt, daß die Stadt für die höheren Schulen vorhältnismäßig weit mehr leistet als für die Volksschulen. Es erscheint ferner nicht gerechtfertigt, die Lieferung der Lehrmittel für die Freischüler immer nur einer Firma zu übertragen. Redner bittet, seinen Antrag wohlwollend prüfen und annehmen zu wollen. Oberbürgermeister Bender meint, die angeführte Frage sei eine politische; und nach den Grundsätzen, die für alle Gemeinden gelten, könne man nicht die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel einführen. Man glaubten bisher genug gethan zu haben, wenn wir in liberaler Weise da, wo einigermassen Bedürftigkeit vorlag, die Lehrmittel unentgeltlich lieferten. Redner glaubt, man dürfe nicht auf, wenn man Angehörige der sonst noch vorliegenden Aufgaben auf dem Gebiete des Volksschulwesens die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel einführt. Stadtschulrath Pfundtner wäkt auf die gegenwärtigen Ausgaben für Lehrmittel hin und bemerkt sodann, daß man grundsätzlich der Meinung sei, daß das Elternhaus die Lehrmittel zu liefern das Recht und die Pflicht habe, um die Kinder an die Inhabhaltung ihres Eigenthums zu gewöhnen. Stadtv. Heilberg meint, wenn man den Antrag des Kollegen Bruhns annehme, so würde sich die Versammlung damit auch mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel überhaupt einverstanden erklärt haben. Redner steht prinzipiell auf dem Standpunkt des Stadtschulraths und ist im Uebrigen der Meinung, daß der Antrag nicht den heutigen ethischen Anschauungen entspricht. Stadtv. Bruhns erklärt, keine mildere Form für seinen Antrag finden zu können. Redner verweist ferner auf Mainz und andere Städte, in denen man auch die fragliche Angelegenheit in Erwägung zog.

Stadtv. Hein II sagt den Antrag Bruhns nicht so auf, wie Kollege Heilberg; eine Verpflichtung für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel liege in der Annahme des Antrages Bruhns nicht. Redner erklärt für den Antrag desselben stimmen zu wollen. (Rufe: Ja.) Der Etat des Volksschulwesens wird mit den beantragten Veränderungen vorläufig festgesetzt, der Antrag Bruhns mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Es erfolgte sodann die vorläufige Festsetzung einiger Spezial-Etats. Beim Etat der allgemeinen Verwaltung bittet Rechtsanwalt Heilberg den Magistrat, daß er einbisse eine bessere Ausstattung des Zubehörraums der Stadtverordneten-Versammlung in Aussicht zu nehmen. Oberbürgermeister Bender giebt zu, daß sich der Zubehörraum in schlechtem Zustande befindet und theilt mit, daß eine bessere Ausstattung bereits geplant ist.

Schluß der Sitzung um 7 Uhr Abends.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 23. März statt.

Städtischer Arbeits-Nachweis. Frequenz im städtischen Arbeitsnachweiskante in der Woche vom 12. März bis 18. März 1899: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 146; zu bezeichnende Stellen 121; besetzte Stellen 96. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 46; zu bezeichnende Stellen 143; besetzte Stellen 89.

Die Einziehung der fälligen Zwanzigpfennigsteuer ist, wie aus dem Protokoll über die Legie-Bienersitzung des Stadtraths hervorgeht, in Vorbereitung. Vor der Zeit zur Einziehung gelangenden Rückstände der fälligen Zwanzigpfennigsteuer sind bis jetzt für 25,7 Millionen zur Einziehung gekommen. In der Zeit vor der Zeit, die jetzt so wie so die Einziehung der Zwanzigpfennigsteuer vorgekommen ist. Von den 25,7 Millionen sind nämlich 21 Millionen bereits jetzt zur Einziehung gelangt. Es würde sich also bei der Bundesrats-Vorlage um den Rest im Betrage von 4,7 Millionen handeln.

bandeln. Man darf annehmen, dass die Einziehung der silbernen Gummigeldscheine sich bis auf einen kleinen Rest durchführen lässt, weil sowohl die gewerbliche Verwendung als die Währungsamtlungen davon nicht sehr große Verluste in Anspruch nehmen dürften.

Verichtigung. In der gestrigen Notiz betr. Arbeiterssekretariat muß es heißen Zigarettenmacher, nicht Zigarettenfabrikant.

Angesallen. Eine Arbeiterwitwe von der Poststraße wurde auf dem sogenannten Gürtelwege hinter der Schwelgerstraße von fünf jungen Burlesken angefallen, worauf dieselben verurteilt, ihr Gewalt anzutun. Auf die Hilferufe der Witwe ergrißen die Täter die Flucht.

Zwei Fahrräder sind jüngst in der Nähe von Breslau gestohlen und wahrscheinlich hienorts zum Verkauf gebracht worden. Die Räder tragen die Fabrikmarken „Diamant“ und „Germania“.

Ein Taschendieb wurde am 19. d. Mts. Abends im Wartesaal 4. Klasse des Oberbischöflichen Bahnhofes in dem Augenblicke abgefaßt, als er einem dort eingeschlossenen Fleischergesellen die Taschenuhr entwenden wollte.

Auf der Hubenstraße geriet am Sonnabend drei Arbeiter in Streit, wobei der eine seinen beiden Begleitern Verletzungen mit einem Messer beibrachte. Als ein Schutzmann zur Festnahme des Arbeiters schritt, wollte dieser sofort wieder Gebrauch von seinem Messer machen, welches ihm jedoch mit dem Seitengewehr aus der Hand geschlagen wurde. — In der Nacht zum 20. d. Mts. folgte auf der Hubenstraße ein Arbeiter einem Frachter mit einem Messer Wunden am Kopfe zu.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 18. und 19. d. Mts. 68 Verurteilte eingeliefert. — Gefesselt wurden: ein Rodel Muffler, eine Reisende, ein Portemonnaie und mehrere Schlüssel. — Abhandelt kamen: eine silberne Damenuhr, ein goldener Ring mit drei Perlen und zwei blauen Steinen, eine goldene Kapsel mit zwei Bildern, ein Ohrring mit Brillanten im Werte von 400 Mk. und eine Friedebede.

Schweidnitz, 19. März. Unterschlagung. Der Verwaltungsdirektor, dem seit einer Reihe von Jahren die G. von Kulmische Kohlen-Verwaltung z. unterstand, ist plötzlich seiner Stellung entsetzt worden. Grund hierzu ist ein Kassenschiebetrug von ca. 17,000 Mk.

Striegau, 20. März. Der Metallarbeiterverband hat auch am heutigen Orte seit dem 15. Januar eine Zahlstelle errichtet. Daß dieselbe sich eines guten Wachstums erfreut, zeigte die am Sonnabend Abend abehaltene Mitgliederversammlung, in welcher Rudolph Lohse aus Breslau über „Jugend und Jugend der gewerkschaftlichen Organisation“ einen Vortrag hielt. Die Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits 48 Mitglieder, während es der Gewerkschaften in diesem Jahre auf 52 Mitglieder gebracht hat. Neue wird er aber von nun an schärfer noch bekommen.

Olau, 20. März. Volksversammlung. Am letzten Sonntag fand im Gasthof „zum weißen Roß“ eine öffentliche Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Anträge zum Parteitag. 2. Delegiertenwahl. 3. Verschleiden. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde ohne Debatte erledigt. Der

Punkt 2 wurde von 38 abgegebenen Stimmen Genosse Müller mit 34 Stimmen zum Delegierten gewählt. Bei „Verschieben“ entspann sich eine rege Diskussion, woran sich die Genossen Graf, Gewande, Förder und Müller beteiligten. Nach einem Schlußwort des Genossen Müller und einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung. **Piegnitz, 20. März.** Eine Volksversammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute, tagte heute Abend im Gasthof „zu den drei Bergen“. Genosse Lohse aus Breslau behandelte das Urteil des Dresdener Schwurgerichts und die Lehren, welche die Arbeiterbewegung aus dem immer schärfer werdenden Bestrafungen zu ziehen hat. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, diese alte sozialdemokratische Forderung sei durch das harte Urteil in Dresden auf Neue als dringendes Bedürfnis bewiesen worden. Aber auch zum Anschluß an die Organisation mahnte das Vortragsmitglied. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Nach der Volksversammlung fand noch eine Parteiverammlung statt, in welcher die Delegierten zum schlesisch-polnischen Parteitag gewählt wurden. Die Wahl fiel auf die Genossen Möhring, Ulber und Feiler. Selbständige Anträge zum Parteitag wurden nicht gestellt. Die Polizeistunde zwang um 10 Uhr zum Schluß der zweiten Versammlung.

Hannau, 20. März. Einführung der Biersteuer. Nachdem in der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung die vom Magistrat beantragte Biersteuer abgelehnt worden war, wurde dieselbe Vorlage vom Vorsteher nochmals auf die Tagesordnung der letzten Sitzung gesetzt, weil 16 Stadtverordnete ein diesbezügliches Gesuch an ihn gerichtet hatten. Bürgermeister Müller ergriff die Vorlage abzulehnen, bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Bezeichnend ist dieser Vorgang deshalb, weil er gerade die freisinnigen Stadtverordneten waren, welche für die Einführung einer Biersteuer stimmten. Die Steuer soll betragen: für eingedampft Bier 65 Pf. pro Hektoliter, für Bier gebraut 50 Pf. der Brausteuer. Die Kommunalsteuer wurde auf 127 1/2 C. der Staatssteuer festgelegt, gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 5 Pct. Zur Wahl eines Beigeordneten der hiesigen Satinverwaltung hatten die hiesigen freisinnigen Wähler die Kandidatur des Rathsmann Wieland auf seine Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei zurückgeführt. Die Verhandlungen der letzten Stadtverordnetenversammlung ergaben jedoch, daß es andere Gründe waren, welche die Regierung veranlaßte, die Beigeordnung zu verweigern.

Sörbitz, 20. März. Beendet ist der Streit der Zigarettenarbeiter der Firma Gurl. Die Forderungen der Arbeiter wurden zum Theil bewilligt.

Zagan, 19. März. Ein schwerer Bahnunfall ereignete sich gestern früh auf dem hiesigen Bahnhof. Durch einen Güterzug wurde dem Eisenbahnarbeiter Berkele ein Arm und ein Bein abgefahren. Er lag am Morgen im hiesigen Krankenhaus.

Olau, 18. März. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich nach dem „R. Z. B.“ dem Vortage auf dem Übungsgelände der hiesigen Artillerie in der Nähe des Artillerieforts. Ein Artillerist der 4. Kompanie verunglückte beim Transport eines Geschützes dadurch, daß das Seil riß und ihm

in Folge dessen die Reiche mit großer Gewalt gegen den Kopf schlug. Der Soldat wurde mittels Droschke nach dem Garnisonlazareth gebracht.

Neustadt, 19. März. Ueber einen Unglücksfall berichtet die „Neust. Btg.“ unter dem 17. d. Mts. folgendes: Ein Eisenbahnpassagier wurde gestern auf der Fahrt von Neustadt nach Neustadt bemerkt, wie sich ein EGGENGESANN auf freier Weite unter Leitung einer jüngeren Frauensperson nach dem Bahnhöfe zu bewegte. Als der Zug bei dem betreffenden Halteort vorfuhr, schreuten die Pferde und ritten davon. Die das Gespann leitende Frauensperson stürzte hin, kam unter die Eggen und wurde so eine ganze Strecke fortgeschleift, bis durch einen Zufall die EGGEN emporschleuderten und die verunglückte Person, aus ihrer Lage frei, liegen blieb. Nach dem vom Zuge gemachten Beobachtung muß die Verunglückte, wenn sie überhaupt mit dem Leben davongekommen ist, entsetzlich zugerichtet worden sein. Von den Nachbarn kamen Leute und ein Wagen herbei, welcher die Verunglückte aufnahm und nach Hause beförderte.

Königsbrunn, 20. März. Schwere Unglücksfälle. Auf Gräfin-Lauragrube verunglückte am Sonnabend Vormittag Insalbe Lorenz Galeska, indem er beim Zusammenstoßen eines Eisenbahnwagens zwischen die Puffer geriet und so stark gequetscht wurde, daß er sofort todt blieb. — In ähnlicher Weise verunglückte auf Krugkacht der Aufseher Kalmant in der Nacht zu Sonntag, welcher hierbei ebenfalls das Leben einbüßte. — Der Schläger Schänjellack auf Maitzbeigrube erlitt durch herabstürzendes Rohr derselben Nacht einen Bruch der Wirbelsäule.

Kattowitz, 20. März. Die alte Geschichte. Schwere Brandwunden erlitt Freitag Abend das elfjährige Schwärmling Pauline Koba in Kattowitz, als dasselbe im Ofen Feuer anzulegen wollte und sich hierbei einer Flasche mit Petroleum bediente. Das Petroleum ergoß sich dem Kinde auf die Hände und die Brust. Das Kind ist nach Mieschowitz ins Krankenhaus gebracht worden.

Gerichtliches.

In dem Prozeß gegen die Photographen Wille und Friedberg, sowie den Förster Störke wegen Hausfriedensbruch begangen durch unbefugtes Eindringen in das Sterbekammer des Fürsten Bismarck, wurde vom Landgericht in Altona Wille sechs Monaten, Friedberg zu drei Monaten und Störke zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Wille und Friedberg je 1 Jahr, gegen Störke 10 Monate Gefängnis beantragt.

Briefkasten.

E. S., hier. Das Inserat kostet 3 Mk.

Neueste Nachrichten.

Der „Vormärz“ veröffentlicht einen Erlaß des Reichsmarschallens vom 10. März, wonach der Kaiser es nicht will, daß Soldateneinheiten einen Schurzbart tragen. Der Zustand des Schurzes ist, wie gemeldet wird, neuerdings sehr beunruhigend; die Schwärze nimmt mehr zu als ab. Der Kaiser hat täglich Ohnmachtsanfälle.

Stadt-Theater.
Dienstag:
Gastspiel d'Andrade
„Amelia“
oder:
„Der Ries'entball“
Mittwoch:
„Fest“

Vöbe-Theater.
Dienstag:
„Im weißen Röhl“
Mittwoch:
„Die Geißel“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag:
Gruppe O. S. Vorstellung.
Donnerstag:
Gruppe P. S. Vorstellung
„Penk'n Schöler“

Deutsches Theater.
Dienstag:
„Anze-Kiese“
Mittwoch:
„Schuldig“

Möbel,
Spiegel und Polstermöbel
in eigener Werkstatt vom Leisten
Material gefertigt,
unvergleichlich billig
Herrn: Blüthgenstr. 10, 90 Mk.
Salonmöbel: 18
Kammerge: mit 160
Schrank: 45
Bettzimmer: 33
Spieg. m. Schränk. 25
Dressir in gutem Stoff 30
Bettstelle mit Matratze 3
Kohlrührl mit hoher Lehne 3
und hundert andere Ausstattungs-
stücke bekommt man nur bei
F. Paor, Sndfr. 15
Nähst an Remarkt. 4677
Auch Theilzahlung.

20 Kinderwagen
werden einzeln auf Ab-
zahlung bei einer An-
zahlung von 5 Mark
und einer wöchentlichen
Abzahlung v. 1 Mark
abgegeben. 45475
S. Osswald,
Schubbrücke 74, L.
Frauenstraße und
Sozialdemokratie
Lay Stram Cityski
Preis 30 Fig.

Gegründet 1879.
S. Hurtig
empfiehlt sein
reichhaltiges Lager
nur gutge-
fertigter reeller
Herren- und
Knaben-
Garderoben.
Kleine Spezies
ermöglichen mir zu
auffallend
billigen aber
streng festen
Preisen
zu verkaufen.
Wie bisher
Nur
Ohlauerstr.
Nr. 84,
1. Etage
Eingang Schubbrücke.
Gegründet 1879.

Transport-Dreiräder
nach
bewährten
Systemen.
Kräftig gebautes Dreirad
mit Kasten hinten.
Tragkraft ca. 100 kg.
Dreirad mit Kasten vorn.
Leichteste Lenkbarkeit.
Schutzvorrichtung der Kette während der Fahrt.
Jul. Dressler & Co., Breslau, Behrnerstrasse 7,
Harrasgasse 4/6.

Achtung! Töpfer!
Donnerstag den 23. März 1899, Abends 7 Uhr:
Öffentl. Versammlung
der Töpfer und Berufsgenossen Breslau's
in Thiele's Lokal, Schrauerstraße Nr. 74.
Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Ver-
schleiden. 4754
Eintritt 10 Pfg. Der Einrufer.

Todes-Anzeige.
Am 19. d. M. starb unser braver Kollege und
Mitarbeiter der Tischler Herr
Adolf Streit
im erst vollendeten 31. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
**Die Tischler der Actien-Gesellschaft für
Eisenbahn-Wagenbau (vorm. Liäke) als neue Fabrik.**
Beerdigung: Mittwoch den 22. d. M., Nachmittags
1 1/2 Uhr vom Trauerhause Markmannstr. 11, nach dem
Kirchhof Belvedere. 4755

Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. starb nach kurzem, schweren Leiden,
der Arbeiter
Johann Gollinsky
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
**Die Formier, Kernmacher und Arbeiter der
Maschinenbau-Anstalt Breslau.**
Beerdigung: Mittwoch Nachmittags 2 Uhr.
Trauerhause: Fischergasse 6a. 4756

**Einfache, solide Herren
aller Berufsclassen,**
die nicht ihr Bestehen ihren Beruf anzuhängen müssen, oder denselben
medicin wollen, werden von einer bedeutenden Versicherungs-
Gesellschaft bei Acquisition in der Sterblichkeitsversicherung
genüht. Sehr Ansehung mit Gehalt und Spezies erfolgt
schon nach kurzer, befriedigender Probethätigkeit.
Gen. Dir. unter B. 10 in der Sp. 4. 4753

Spare durch Balhorn's Sparsseife!

5 Pf. Sumatra-Cigaretten,
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack.
100 Stk. 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk., bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme
Cigaretten-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner
Fabrik und Hauptgeschäft
Breslau, Hauptplatz 21, am Oderbahnhof.
Filialen: Marktstraße 16, Ecke Schrotgasse, Nummer 35
Friedrich-Wilhelmstraße 4, Klosterstraße 77.

Neu eröffnet! Gräbischenerstraße

Confirmanden-Anzüge	v. 7 Mk. an
Herren-Anzüge aus Geestot, Boden, Sammgarn	v. 10 Mk. an
Beinkleider, enorme Auswahl	v. 3 Mk. an
Knaben-Anzüge, für Schule und Haus	v. 5 Mk. an
Hochparade Knaben-Anzüge, nur für das Alter von 2 bis 10 Jahren v.	4.50 Mk. an

D. Juliusburger, Kupferschmiedestr. 31

Um dem Auge die notwendige Pflege
zukommen zu lassen
ist die Anwendung eines genau
Angemessenen Stundbedingungs
In meinem Institut werden die
beste optische Augen-gläser her-
abfolgt. Es empfiehlt sich zur
genauen Anprobe von röh-
passenden Augengläsern



Richard Fiedler, Optiker, Breslau,
I. Albrechtsstr. 10. — II. Am Kaiser Wilhelm-Denkmal
Strößen und Pincenez für Herren und Damen à 1.50, 2.00,
2.50, 3.00 Mk. bis zu den feinsten Goldfassungen. 4650

Wichtig für Raucher!
Zeige hierdurch an, daß ich Herr, Alsenstrasse 25, Eck
Andersohnstr. ein Cigaretten- und Tabakgeschäft eröff-
ne, und empfehle meine selbstverfertigten hochfeinen Cigaretten
mit vorzüglichsten Qualitäten, ebenso mein Lager in russ. und schles.
Cigaretten, sowie Zank-, Pan- und Schnupftabak zu billigen
Preisen und bitte um gütigen Zuspruch.
Gustav Drabner,
Cigaretten-fabrik,
Alsenstraße 25, Eck Andersohnstraße.